



Bürgerbeauftragte, Karolinenweg 1, 24105 Kiel

An den
Vorsitzenden des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Martin Habersaat
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2024

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen: B12

Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in: Christine Mohr

Telefon (0431) 988-1237

Telefax (0431) 988-1239

buengerbeauftragte@landtag.ltsh.de

14.09.2023

Per Email an bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Schulabschluss an Förderzentren anerkennen

Antrag der Fraktionen von SSW, Drucksache 20/826

Leistungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen zieldifferenter Schulabschlüsse anerkennen und berufliche Orientierung weiter ausbauen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 20/979

Sehr geehrter Herr Habersaat,

sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit, zu dem Antrag „Schulabschluss an Förderzentren anerkennen“ und dem Alternativantrag Leistungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen zieldifferenter Schulabschlüsse anerkennen und berufliche Orientierung weiter ausbauen“ Stellung nehmen zu können, bedanke ich mich und nehme diese gerne wahr.

Ich begrüße die Initiative in Form der genannten Anträge, Schulabschlüsse an Förderzentren als offiziellen Schulabschluss anzuerkennen, um einer Abwertung der Schülerinnen und Schüler in den

Erhebungen und Statistiken entgegenzuwirken und eine differenzierte Darstellung zu erreichen.

Dieses Bestreben reicht allerdings nicht aus, um die bestehenden Schwierigkeiten der Schülerinnen und Schülern in unserem Bildungssystem adäquat zu überwinden und den Übergang in den Beruf im Anschluss an die Schulausbildung zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es meines Erachtens unerlässlich, dass die Landesregierung darauf hinwirkt, für den Bildungsprozess in der Schule die nötigen Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen sowie bestehende auszubauen und zu verbessern, um den Schülerinnen und Schüler mit einem zieldifferenten sozialpädagogischen Förderbedarf zu ermöglichen, ihr individuelles Potential zu entfalten und den ersten allgemeinen Schulabschluss (ESA) zu erwerben. Hier sollte sich die Landesregierung einsetzen, bereits bestehende Projekte und Maßnahmen (wie z. B. Flex-Klassen, Lerngruppe Produktives Lernen etc.) auszuweiten und neue Konzepte zu entwickeln, um den Schülerinnen und Schüler die Bedingungen zu bieten, die sie benötigen, um einen Schulabschluss zu erlangen und im weiteren Berufsleben nach ihren individuellen Fähigkeiten erfolgreich zu sein. Zudem sind weitere Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt zu ermitteln und zu gewähren, um den betroffenen Menschen die Chance zu geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Im Übrigen teile ich vollumfänglich die Auffassung der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung und schließe mich der Stellungnahme vom 14.09.2023 an.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Samiah El Samadoni

(Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und Beauftragte für die Landespolizei)